Pressemitteilungen

Familienministerin fordert Bundesregierung auf, unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) im Asyl- und Migrationspaket zu berücksichtigen – Kinder

29. August 2024

Seit 2019 steigt die Zahl der aufgegriffenen unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) in Bayern permanent an. 2019 wurden 530 Kinder und Jugendliche vorläufig in Obhut genommen. 2023 waren es 3.157. Seit Jahresbeginn 2024 sind es bereits 1.221. Außerdem werden auch die UMA, die über die bundesweite Verteilung in den Freistaat kommen, von den bayerischen Kommunen versorgt.

Bayerns **Familienministerin Ulrike Scharf** appelliert an die Bundesregierung, im Rahmen der Asyl- und Migrationspolitik ihrer Verantwortung bei der Versorgung und Unterbringung von UMA gerecht zu werden und die Kommunen zu unterstützen: „Unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche dürfen in der Migrationspolitik nicht vergessen werden. Die Kinder- und Jugendhilfe hat die Belastungsgrenze erreicht. Die Kommunen sind am Limit. Ich fordere die Bundesregierung auf, ihrer Steuerungsfunktion und finanziellen Verantwortung nachzukommen. Junge Menschen, die oft traumatische Erlebnisse verarbeiten müssen, brauchen bestmögliche Betreuung, Unterstützung und Schutz. Nur so können wir auch der Radikalisierung effektiv vorbeugen. Ihr müssen wir online wie offline den Stecker ziehen.“

Weiter betont die Ministerin: „Es braucht Regelungen, die in der Praxis umgesetzt werden können und an die aktuelle Situation angepasst sind. Die Kostenpauschale für die Unterbringung der Kinder und Jugendlichen darf nicht einfach gestrichen werden. Die Kosten müssen dynamisiert und auch vom Bund mitgetragen werden. Der Freistaat hat bereits flexible, unbürokratische Lösungen bei den Standards und dem Einsatz von Personal geschaffen, um die Jugendhilfe vor Ort bestmöglich zu unterstützen. Der Bund muss nun auch liefern.“

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers